

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Rettung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten.
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 446

Seit immerwährender: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmönatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postenstellen, sowie unsere Zeitungsanstrenger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postleitzahl: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandsbezirk:** Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., übrige Anzeigen 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erlaubnisort Bischofswerda

Nr. 8

Sonntag, den 10. Januar 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* Der Reichspräsident hat Freitag nachmittag die Reichsminister Braun, Geßler, Stresemann und Singspiel empfangen. Sonnabend vormittag fand eine neue Unterredung mit Dr. Luther statt. Die Entscheidung wird erst für Mitte nächster Woche erwartet.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz über die Aufhebung des beiderseitigen Patentschutzs sind zu einem Abschluß gelangt. Die Aufhebung soll am 20. Januar in Kraft treten. Für Stellenfuchende bleibt nach wie vor der Rufungswang bestehen.

* Die französischen Sozialisten haben den Eintritt in die Regierung abgelehnt.

* Nach Meldungen aus Budapest hat Prinz Windischgrätz eine Kautions von zwei Milliarden Kronen für seine Freilassung geboten.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Politische Wochenschau.

Die Jahreswende hat den Nachfolgestaaten des alten Kaiserstaates und seinem rumänischen Nachbar Konflikt besonderer Art gebracht, bei denen noch nicht zu übersehen ist, ob und inwieweit sie innerpolitische Angelegenheiten dieser Staaten bleiben oder auch ihre Beziehungen zu anderen Mächten berühren werden. Unser österreichischer Bruderstaat steht vor einer mindestens teilweise Kabinettskrise, die, abgesehen von einem Wechsel im Landwirtschaftsministerium, durch das Ausscheiden des derzeitigen Außenministers Mataja gelöst werden soll. Herr Mataja hat geglaubt, aus der von Oesterreich unter dem Zwange der Notwendigkeit eingeschlagenen Politik der Sanierung durch den Völkerbund auch die Konsequenz ziehen zu müssen, sich in der außenpolitischen Einstellung Oesterreichs tunlichst nach den Wünschen der Westmächte zu richten. Er hat wohl gehofft, dadurch mehr Gerechtigkeitsinn und Verständnis für die ehrliche Arbeit des kleinen österreichischen Staates in Genes herbeizurufen. Aus dieser Einstellung heraus hat er die Beziehungen zum Deutschen Reich wesentlich kühler gestaltet, als es den Interessen beider Staaten und dem tiefsten Herzenswunsch ihrer Bevölkerungen entspricht. Hatte er schon dadurch starke Opposition hervorgerufen, so wurde diese zur schroffen Ablehnung, als seine Unterwerfung unter den Willen der Westmächte nicht einmal den gewünschten Erfolg hatte, sondern die Bedrückungen dieses lebensunfähigen Staates weitergingen. Der zähen Arbeit der zahlenmäßig kleinen Großdeutschen Volkspartei ist es zu danken, daß in den Monaten dieses politischen Experiments der Großdeutsche Gedanke keinen Schaden litt. Da andererseits die staatliche und wirtschaftliche Unmöglichkeit eines selbständigen Oesterreichs immer stärker in die Erscheinung tritt, ist damit zu rechnen, daß nach dem Rücktritt Matajas nun der Weg der Annäherung an Deutschland mit doppelter Energie beschritten werden wird. Es heißt also für uns, in der nächsten Zeit der deutsch-österreichischen Politik besondere Aufmerksamkeit schenken.

In Ungarn haben sich einige Phantasten gefunden, die gemeint haben, durch eine großzügige, internationale Banknotenfälschung auf bequeme Weise die Mittel zur Finanzierung ihrer politischen Pläne gewinnen zu können. Die Fälschungen hatten einen Umfang angenommen, der die Währung einiger Nachbarstaaten zu bedrohen geeignet war. Um so größer war die Sensation, als sich herausstellte, daß die Fälscher in den höchsten Kreisen der ungarischen Gesellschaft zu suchen waren. Es scheint allerdings, daß mindestens einige der Herren bei diesem Unternehmen politische und persönliche Ziele miteinander verquickten und auch ihre eigenen, stark herrüteten Finanzen durch gefälschte Banknoten zu retten versuchten. Es ist nur zu verständlich, daß die demokratische Presse der ganzen Welt sich bei ihrem Sensationshunger und ihrem Haß gegen die nationale Regierung des heutigen Ungarn dieser Affäre mit besonderer Liebe angenommen hat und auch die derzeitige ungarische Regierung mit zu kompromittieren versuchte. Es steht zu hoffen, daß diese Versuche ohne Erfolg bleiben werden, jedoch die ernste und ehrliche Sanierungsarbeit des neuen Ungarn durch diese Streiche Einzelner nicht bedroht wird.

Ernstere Vermittlungen können sich unter Umständen aus dem zur Zeit Rumänien beherrschenden Konflikt ergeben, der sich an die Person des Kronprinzen Carol knüpft. Der Kronprinz ist von seiner Seite zur Waiseung der Königin-Mutter von England nicht in die Heimat zurück-

geführt, sondern hat aus Italien seinem Vater mitgeteilt, daß er auf die Thronfolge verzichte. An diesen Schritt knüpfen sich nun die tollsten Gerüchte. Die einen wollen ihn lediglich auf eine Liebesaffäre zurückführen. Kronprinz Carol hat schon während des Krieges gegen den Willen seines Vaters eine Dame der rumänischen Gesellschaft geheiratet, von der er sich dann unter stärkstem politischem Druck trennen mußte, um eine neue Ehe mit einer griechischen Prinzessin einzugehen. Jetzt wird behauptet, er wolle die Ehe mit seiner ersten Gattin wieder aufnehmen, während andere wissen wollen, daß er eine neue dritte Ehe einzugehen beabsichtige. Man hat allerdings den Eindruck, daß diese Gerüchte geschildert von der zur Zeit in Rumänien allmächtigen liberalen Partei und ihrem Führer Bratianu verbreitet werden, da bekannt ist, daß zwischen Bratianu und Kronprinz Carol tiefgehende Konflikte bestehen, weil letzterer aus der uneingeschränkten Nachstellung der Familie Bratianu erste Gefahren für die weitere Entwicklung des Staates und die Zukunft der Dynastie befürchtet. Von anderer Seite wieder wird berichtet, der Schritt des Kronprinzen hänge mit dem neuerdings aufgedeckten, sehr peinlichen Korruptionsfällen im rumänischen Fliegerkorps, dessen Chef der Kronprinz ist, zusammen. Schließlich aber will man auch wissen, der Kronprinz sei außer Landes gegangen, um von dort aus einen Putsch gegen die liberale Gewaltherrschaft in Rumänien vorzubereiten. Tatsächlich ist es an einigen Stellen des Landes auf das Bekanntwerden des Thronverzichts hin zu geringfügigen Unruhen gekommen, die sich aber auch aus der großen Popularität des Kronprinzen und der dadurch erzeugten Enttäuschung über seinen Verzicht unschwer erklären lassen. Die parlamentarische Erledigung des Falles ist angesichts der Zurückhaltung der Opposition glatt vor sich gegangen. Ob sich weiterhin noch ernste Konflikte ergeben werden, ist kaum vorauszusagen; soviel ist sicher, daß die Abneigung gegen die struppellose aufrechterhaltene, liberale Herrschaft in Rumänien allgemein ist. Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern im November 1925 haben gezeigt, daß die liberale Partei das Land nicht mehr hinter sich hat, sie lebt heute nur noch von der Uneinigkeit ihrer politischen Gegner. Es ist immerhin möglich, daß die tiefgehende Erregung über den Schritt des Kronprinzen, besonders wenn er tatsächlich sich auch aus seiner Gegnerschaft gegen die Liberalen erklärt, jetzt die Opposition doch noch zu energischerem Vorgehen veranlaßt, und daß es dann doch noch zu ernstlichen Konflikten kommt, bei denen man ja nie vorauslagen kann, ob sie sich auf ihren Herd beschränken werden.

In Deutschland sind die politischen Weihnachtsferien jetzt abgelaufen und man muß sich, ob man will oder nicht, daran machen, nun unserem Vaterlande endlich wieder eine sogenannte Regierung zu geben. Die Lage ist allerdings verworrener denn je. Mehrwöchige Verhandlungen im Dezember hatten die Feststellung gezeitigt, daß eine parlamentarische Mehrheitsregierung, insbesondere eine solche der großen Koalition, nicht möglich ist. Diese Feststellung scheint man während des Weihnachtsfestes vergessen zu haben, denn schon hört man wieder Stimmen, die die Wiederholung dieses Versuches verlangen. Praktisch liegen die Dinge so, daß die sozialistische Arbeiterschaft ihre parlamentarischen Vertreter außerhalb der Regierung wissen will, um ungeführt Opposition machen zu können, und daß nun die Zentrumsarbeiterschaft ihren sozialistischen Konkurrenten diesen taktischen Vorprung nicht gönnen will. Man denkt: Entweder beide oder keiner. Eine solche Einstellung zu den großen Schicksalsfragen unserer Zeit beweist nur immer wieder, wie wenig geeignet unser heutiges Regierungssystem für unser Volk ist. Man spricht davon, daß der Reichspräsident Herr Luther in den nächsten Tagen mit der Kabinettsbildung betrauen werde. Dann wäre zu wünschen, daß er sich dieser Aufgabe ungefümt und ohne rücksichtsvolles Zögern annimmt. Die Zeit des Abwartens ist wirklich vorbei, und jede weitere Hinauszögerung kann die Lage nur noch mehr verwirren.

Der Stand der Regierungskrise.

Berlin, 9. Januar. In der zweiten Januarwoche sind die Verhandlungen um die Lösung der Regierungskrise in Berlin nun auch an offizieller Stelle wieder aufgenommen. Reichspräsident von Hindenburg, der den Reichskanzler Dr. Luther am Freitag empfing, hat sich nicht dazu entschließen können, den Auftrag zur Regierungsabteilung sofort zu vergeben. Er will den Beschluß der Zentrumsparlei am Sonntag abwarten. Dieses Verfahren ist einerseits zu begrüßen, weil nun endlich auch offiziell einmal darauf hingewiesen wird, welche Verantwortung das Zentrum trägt und welche

Folgen seine ewigen Forderungen und Verzögerungen haben müssen. Andererseits ist zu bedenken, daß sich das Zentrum nach Lage der Dinge auch jetzt nicht zu einem klaren Entschluß durchringen wird, der der Tatsache Rechnung trägt, daß die Sozialdemokraten die Verantwortung der Regierung schenken. So wird das unerliche Abwarten des stets loyal handelnden Reichspräsidenten an der augenblicklichen Situation nicht viel ändern. Auch Mitte nächster Woche wird man, genau wie heute, als einzig möglichen Ausweg nur das Kabinett der sachlichen Arbeit finden, das sich von dem arbeitsunfähigen Reichstag nach Möglichkeit zu lösen haben würde.

Nordtirols Antwort an Italien.

Innsbruck, 8. Januar. (Drahtber.) Die Innsbrucker Presse veröffentlicht nunmehr ihre Antwort auf die Beschwerden des italienischen Generalkonsuls wegen der Haltung der Innsbrucker Presse gegenüber Italien. In der Erklärung wird gesagt, daß Italien die Durchführung folgender Richtlinien feststellen müßte:

- 1) Sind die Maßnahmen zur Unterdrückung des deutschen Unterrichts und insbesondere des deutschen Privatunterrichts aufzuheben. Die Politik der Gewalttätigkeit gegen das Deutschtum der Südtiroler müsse eingestellt werden.
- 2) Es muß Sorge getragen werden, daß alle Liebesgriffe behördlicher und sachlicher Organe gegen Leben, Freiheit und Eigentum der Bevölkerung Südtirols in strengster Weise geahndet werden.
- 3) Die Einstellung der deutschen Zeitungen in Südtirol, sowie die Beschlagnahme der Nordtiroler Blätter muß sofort ein Ende haben, so daß der freie Zeitungserwerb zwischen Süd- und Nordtirol wieder möglich ist.

Neue Vernehmungen in Budapest.

Budapest, 8. Januar. Ueber die heute nacht durchgeführten neuen Verhöre in der Frankensfälschungsangelegenheit wird berichtet, daß sie neue entscheidende Beweise für die unmittelbare Schuld von Windischgrätz und Radoffy ergeben hätten, die nun als die hauptsächlichsten intellektuellen Urheber festgestellt seien. Die Fälschungen wurden in einer im Juli im Palais Windischgrätz abgehaltenen Beratung beschlossen und zugleich entschieden, daß Radoffy den früheren Major Gerö aussuchen solle, um ihn zur Herstellung der falschen Notizen zu bewegen. Gerö lehnte zunächst ab, worauf er zu Windischgrätz gerufen wurde; hier ließ er sich überreden, zeichnete die Klischees und leitete die technischen Arbeiten. Als Gehilfen standen ihm mehrere Angestellte des Instituts bei.

Die Arbeiten wurden im Souterrain des Kartographischen Instituts durchgeführt. Es wurden täglich bis 800 bis 800 Stück Notizen gedruckt, weil nur gute Exemplare hergestellt werden sollten. Die Arbeit dauerte einige Monate. Mit dem Betrieb wurde Jantowicz betraut, der beauftragt war, entsprechende Leute zu suchen und die Ausfuhr der Notizen zu organisieren. Das Papier brachte Raba aus Deutschland.

Windischgrätz bietet Kautions.

Berlin, 9. Januar. (Drahtber.) Die Postische Zeitung meldet aus Budapest: Prinz Ludwig Windischgrätz hat der Staatsanwaltschaft eine Kautions von zwei Milliarden ungarischen Kronen für seine Freilassung angeboten. Da Windischgrätz selbst äußerst mittellos ist, dürfte das Geld seine Familie aufbringen. Windischgrätz ist von seiner Gefangenschaft vollständig gebrochen und erklärte seinem Rechtsanwalt wiederholt, er halte es nicht mehr länger aus. Windischgrätz hat wenig Aussicht auf Befreiung.

Berlin, 7. Januar. Am 20. Januar findet vor dem Berliner Kammergericht ein sehr interessanter Prozeß statt. In dem der jetzt verhaftete Prinz Windischgrätz und der augenblicklich in Amerika weilende Graf Michael Koroyni die Hauptrollen spielen. Der Prozeß beschäftigt die deutschen Behörden schon seit dem Jahre 1922. In seinem Buche „Rom roten zum schwarzen Prinzen“ hatte Prinz Windischgrätz behauptet, daß in dem Archiv der französischen Regierung in Paris sich eine Quittung über 5 Millionen Franken des Grafen Koroyni befinde, die dieser damals von den Agenten der Entente erhalten habe und über deren Betrag er eine Quittung geleistet hätte. In den Akten sei